

NACH DEN WAHLEN - ZAHLEN

450% Müllgebührenerhöhung in Mörfelden?

Die finanzielle Situation unserer Stadt spitzt sich immer mehr zu. In der letzten Ausgabe des „blickpunkt“ berichteten wir bereits, daß Mörfelden 1975 etliche Hunderttausend Mark weniger an Einnahmen zu verzeichnen haben wird als dieses Jahr. Die vier Parteien im Stadtparlament wurden von Bürgermeister *Bachmann* aufgefordert, sich Gedanken darüber zu machen, wie dieses Loch zu stopfen sei.

Nun stehen die Mörfelder Kommunalpolitiker vor einem neuen Problem. Der Landkreis Groß-Gerau, der zukünftig die Abfallbeseitigung im gesamten Kreisgebiet betreibt, verlangt von jeder Gemeinde pro Kopf der Bevölkerung, ob Säugling oder Rentner, für das Übernehmen des Mülls ab Stadtgrenze und das Betreiben einer Kompostierungsanlage 27,50 DM. Dies ergibt bei 14.000 Einwohnern rund 380.000 DM. Zu diesen Kosten kommen noch zirka 200.000 DM für das Einsammeln des Mülls, das die Stadt jetzt schon pro Jahr dem Unternehmer, der unsere Müllabfuhr besorgt, zu zahlen hat. Hinzu kommen noch etwa 20.000 DM Verwaltungskosten, so daß die Stadt dafür, daß unser Müll nächstes Jahr nicht mehr an den Oberwald, sondern nach Bischofsheim auf eine Kompostierungsanlage kommt, etwa 400.000 DM mehr zu zahlen hat.

Eine unangenehme Situation

Wirklich eine unangenehme Situation für Kurt Bachmann und die SPD so kurz vor der Wahl. Aber die Zeit drängt, die Fraktionen werden hierzu um ihre Meinung gefragt. Es geht aber nicht mehr um die Höhe der Abgaben an den Kreis — die hat SPD, CDU und FDP

im Kreistag einstimmig beschlossen, sondern nur noch um den Modus, wie man diese gewaltige Summe dem Bürger abknöpft.

Im Rathaus möchte man es bei der alten Berechnungsart belassen, also die Gebühren pro Mülltonne erheben, wobei jeder Haushalt einen solchen Behälter haben bzw. anschaffen muß.

Da der Kreis außerdem noch für neue 110 Liter-Mülltonnen, die heute gebräuchlichen fassen 50 Liter, plädiert, die der Bürger ebenfalls zu bezahlen hat, erhöht sich die Summe um ein weiteres.

Nach überschläglichen Berechnungen der Verwaltung müßte eine Gebühr von 110,— DM pro Gefäß verlangt werden. Heute bezahlen wir 20,— DM, so daß, wenn das Parlament nicht noch anders entscheidet, eine 450prozentige Müllgebührenerhöhung auf uns zukommt.

Wir lehnen jede Mehrbelastung ab

Wir Kommunisten werden solchen astronomischen Erhöhungen unsere Zustimmung verweigern und lehnen jede Mehrbelastung der Bürger ab. Wir haben nichts gegen eine moderne Müllbeseitigung, ►



Infostände sind für die DKP nichts Neues. Seit Jahren stehen wir am Dalles, verteilen den „blickpunkt“ und sprechen mit den Leuten. Jetzt vor den Wahlen werden auch andere Parteien wach und suchen „das Gespräch“. Nach der Wahl sind sie wieder verschwunden. Wollen wir wetten?

(Unser Bild: DKP-Stadtverordneter Michael Denk am Informationsstand)

▼ aber unser Müllplatz, auf den jetzt der Sperrmüll des halben Kreises gebracht wird, hätte uns noch 15 Jahre gereicht. Trotzdem schauen wir auch über unseren Kirchturm hinaus und wollen uns dagegen nicht sperren. Wir sperren uns aber dagegen, daß der Bürger das alles bezahlen soll. Wir Kommunisten sagen, daß es nicht mehr so weitergehen darf und stellen uns nicht auf den Standpunkt der übrigen Parteien, die keinen anderen Ausweg sehen, als die Lasten auf die kleinen Leute abzuwälzen. Keine andere Partei als die DKP ist für gläserne Taschen der großen Konzerne. Keine der anderen Parteien will die Großverdiener heranziehen. Wir meinen, nicht die Hausfrau, sondern in erster Linie die Verpackungsindustrie verursacht den Müllberg und erzielt dabei noch Maximalprofite. Nicht der Chemiarbeiter, sondern die Konzernleitung der Chemiegiganten sabotieren die Abwasserreinigung und verzeichnen gleichzeitig Höchstgewinne. Wir sagen: hier muß der Hebel angesetzt werden.

Diese vor uns stehende Müllgebührenerhöhung ist erst der Anfang. Erhöhungen der Gebühren für Wasser und Kindergarten, wie kürzlich in Walldorf bereits durchgeführt, sowie für Kanalbenutzung sollen im Frühjahr folgen.

Wenn diese Probleme auch nicht allein in den Kommunalparlamenten gelöst werden können, so müssen von dort doch auch Initiativen ausgehen, damit diese Entwicklung gestoppt wird. Die drei übrigen Parteien, die im Kreistag und im Landtag durch Gesetze und Verordnungen solche Belastungen verursachen, schweigen selbstverständlich vor der Wahl hierzu. Die DKP deckt die Karten auf.

Heinz Hechler, DKP-Stadtverordneter



*"Wir tun alles, um sie gesund zu erhalten, aber
"ihr Mundgeruch macht uns ernsthafte Sorge."*

Gretchen- Frage

Im kommunalpolitischen Programm der SPD, das jetzt in Nürnberg zur Debatte stand, steht vieles, das gut klingt: sichere Arbeitsplätze in einer menschenwürdigen Arbeitswelt; Wohnen und Freizeit in gesunder Umwelt; soziale Sicherheit und Gesundheit; mehr Bildung für alle und ähnliches. Die Gretchenfrage heißt jedoch bei diesen Fragen: Wer soll das bezahlen? Die SPD tut in diesem Zusammenhang so, als sei die Finanzmisere der Kommunen die Folge „öffentlicher Armut“ und nicht das Ergebnis einer falschen Politik.

Aber klar ist, wenn eine Regierung – wie die von der SPD geführten – fast jede dritte Mark 1975 für die Rüstung ausgibt (insgesamt 46,4 Milliarden), wenn sie zuläßt, daß jährlich die öffentliche Hand durch Steuerflucht und Wirtschafts-

kriminalität der Monopole um über 35 Milliarden DM geprellt wird, zeigt das, daß sie nicht willens ist, die Bedürfnisse der Arbeiter und Angestellten zu befriedigen. In Nürnberg hieß es: „Wer viel von der öffentlichen Hand, von der Gemeinde verlangt, der muß auch zahlen.“ Mit anderen Worten: steigende Gebühren und höhere Steueranteile. Eine solche Politik nennt der Bremer Senatspräsident Hans Koschnik (SPD) „spezifisch sozialdemokratisch“.

Hier scheiden sich in der Tat die Geister. Die DKP ist entgegen Koschnik und seinen Freunden gegen das Abwälzen der Lasten auf die werktätige Bevölkerung. Sie tritt u. a. dafür ein, die wachsenden Gewinne der großen Industrieunternehmen für die Bedürfnisse des Gemeinwohls heranzuziehen. Ohne einen solchen Schritt bleiben Versprechen zur Verbesserung der Lage der Kommunen leere Worte.

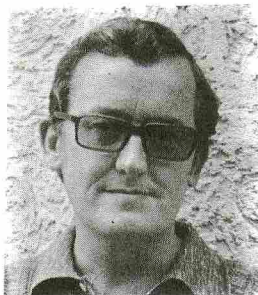
Dümmer geht's nicht

RUDI HECHLER, DKP-Landtagskandidat im Wahlkreis 47, sprach sich für eine Senkung der Rüstungsausgaben um 15 Prozent aus, damit notwendige Reformmaßnahmen verwirklicht werden könnten. Bei einer Veranstaltung rief der SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Erwin Lang, Raunheim, dazwischen: „Aha, jetzt kommt der Starfighter vom Dienst“.

(Zeitungsausschnitt: FR, 14.10.74)

*Dr. Erwin Lang, früher einmal hessischer Finanzminister, jetzt SPD-Landtagskandidat, sitzt bei Diskussionen meist nobel-arrogant und wenig gesprächig im Podium. Die Forderung der DKP (eine alte Forderung der Arbeiterbewegung) nach Rüstungskürzung, weiß er nur mit dummen Sprüchen zu beantworten.
Ein schöner Arbeitervertreter.*

Liesel
Mörfelder



Dabei gehen die Kandidaten der DKP von den Problemen aus, die heute jedem auf den Nägeln brennen. Die arbeitende Bevölkerung fragt: Bleibt es bei den steigenden Preisen? Kann Miet- und Preisstopp verwirklicht werden? Ist der Arbeitsplatz sicher?

Fragen über Fragen, die im Landtagswahljahr von allen gestellt und von den Parteien beantwortet werden müssen.

Die DKP sagt:

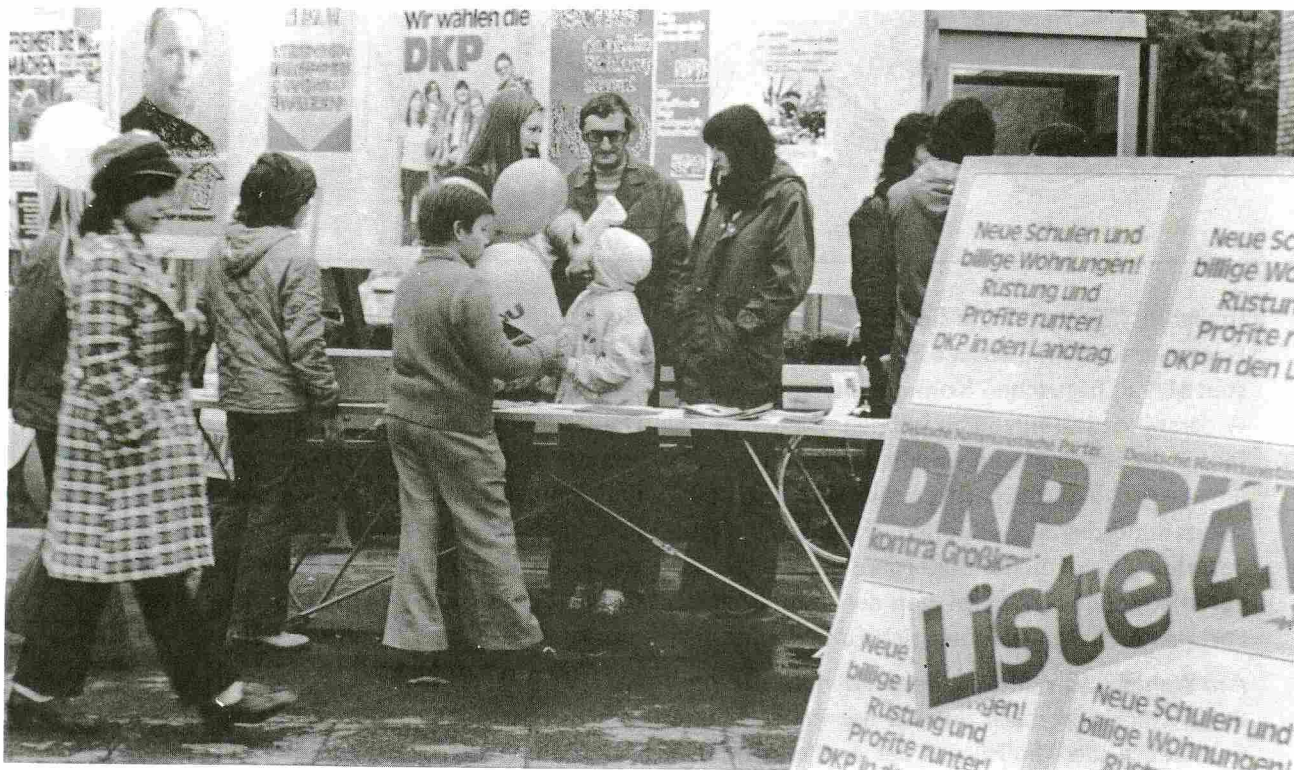
Am mangelnden Fleiß oder an der ungenügenden Fähigkeit der Arbeiter und Angestellten liegt es nicht, wenn die Probleme zunehmen. Auch nicht das Wachstum der Technik schafft Bodenspekulation, Bildungsmisere, Gesundheitskonflikte, Umweltprobleme und Arbeitsplatzunsicherheit. Die Wurzel des Übels ist nicht technischer, sondern gesellschaftlicher Natur.

Die Wurzel des Übels besteht im großkapitalistischen Eigentum an den Produktionsmitteln, besteht in der uneingeschränkten Monopolmacht, die mit dem Staat aufs engste verflochten ist. Dieser Zustand muß verändert werden. Und diese einfache Wahrheit muß gesagt werden. Auch im Landtag.

Rudi Hechler

Am 27. Oktober ist Landtagswahl. Alle Parteien versprechen das Blaue vom Himmel. Wir versprechen nichts. Wir sagen den Arbeitern und Angestellten, alles was Ihr erreichen wollt, müßt Ihr Euch selbst erkämpfen. Wir stehen dabei an Eurer Seite.

So wie sich die DKP-Parlamentarier in den Stadt- und Gemeindeparlamenten für die Arbeiter und Angestellten einsetzen, so werden sich auch Abgeordnete der DKP im Landtag für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung, für die Forderungen der arbeitenden und lernenden Jugend einsetzen.

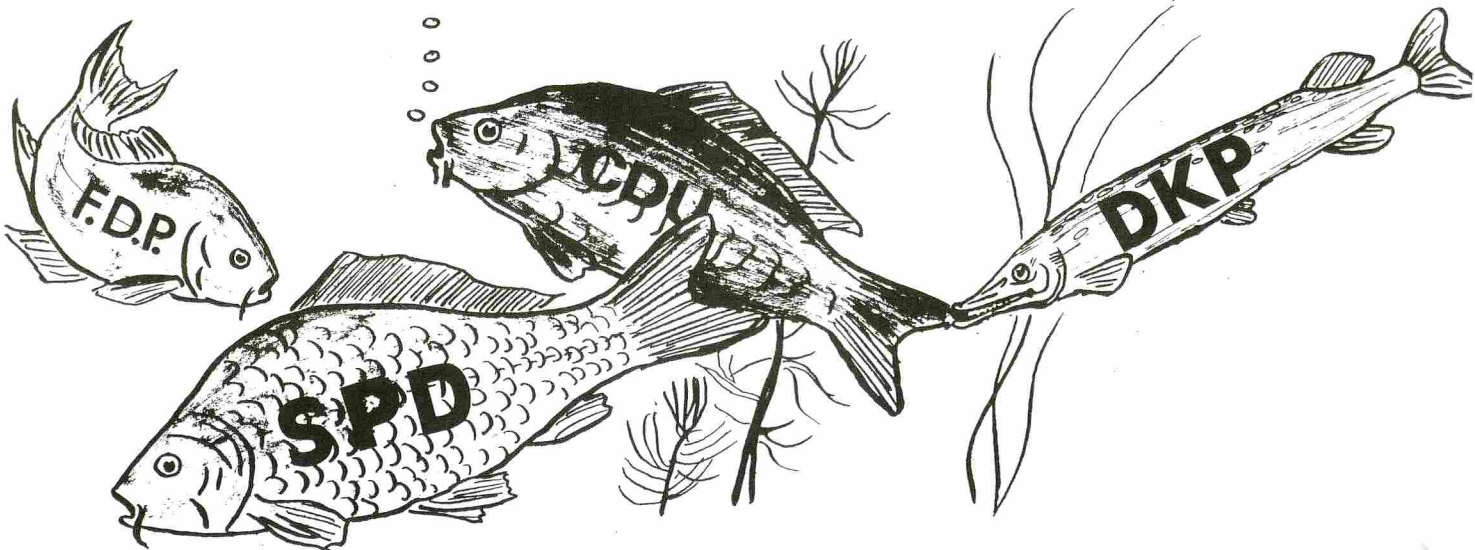


Am Dalles ist jetzt samstags was los. Die Parteien stehen am Infostand, werben um Wählerstimmen. Am Stand der DKP gibt es Dauerdiskussionen. Man informiert sich über das Wahlprogramm. Landtagskandidat Rudi Hechler und die DKP-Stadtverordneten stehen Rede und Antwort.

In Mörfelden wählt man DKP!

Fragt man die Mörfelder auf der Straße, was sie von der DKP halten, dann hört man immer wieder „... es ist gut, daß die DKP mit dabei ist“, „... na ja, das sind alles Idealisten – die vertrete die kleine Leut“ – „die bringe Lewe in die Bud“ (gemeint ist das Stadtparlament) – „sie sind sehr hinter Mißständen her, mit dem ‚blickpunkt‘.“

Die DKP setzt sich für die „kleinen Leute“ ein – das ist die Erfahrung der Mörfelder. Die DKP ist unbestechlich und konsequent, das weiß man hier in dieser Stadt. Hier erhielt die DKP 10,9 Prozent und hier ist das parlamentarische Geschehen wieder durchsichtiger geworden. Hier ist wieder „Lewe in de Bud“! Genau aber das ist auch in Wiesbaden notwendig. Auch im hessischen Landtag müssen endlich Arbeiterforderungen auf den Tisch. Hechte müssen in den Karpfenteich.



Im Jahre 1972 beteiligte sich die neugegründete Deutsche Kommunistische Partei (DKP) zum ersten Mal an hessischen Kommunalwahlen. Viele Widerstände waren zu überwinden. Da gab es vielfältige Wahlbehinderungen; die DKP mußte als einzige Partei Unterschriften sammeln, um überhaupt kandidieren zu können. Da gab es vielfältige Schikanen örtlicher Behörden; und da gab es vor allem die 5 %-Klausel, von den etablierten Parteien erdacht, um unter sich zu bleiben.

Am Wahlabend stellte sich dann heraus, daß es der DKP gelungen war, in acht hessischen Städten und Gemeinden die Hürden des Antikommunismus und der Voreingenommenheit zu überspringen. Ein Anfang!

Die Stadtverordneten der DKP, meist einfache Arbeiter und Angestellte, sind heute in diesen Städten und Gemeinden nicht mehr wegzudenken. Die DKP-Stadtverordneten kennen das Leben des arbeitenden Volkes und sie setzen sich täglich für die „kleinen Leute“ ein. In Marburg und Mörfelden, in Neuberg und Langenselbold, in allen Orten, wo Kommunisten gewählt wurden, ist die Einsicht gewachsen: Es ist gut, wenn Arbeiterabgeordnete der DKP auch im Parlament Arbeiterinteressen vertreten können.

Es ist gut, wenn auch ein paar Hechte im Karpfenteich sitzen. Die DKP muß auch in den hessischen Landtag!

Die Sache mit den fünf Prozent

Liebe Leser,

wie immer kurz vor Wahlen, sagt mancher Mitbürger zu uns: Die DKP ist mir ja ganz sympatisch. Aber sie wird an der Fünf-Prozent-Klausel scheitern. Wenn ich schon zu den Wahlen gehe, soll meine Stimme politische Gewicht haben. Ich will sie nicht verschenken. Abgesehen davon, daß die DKP wahrscheinlich die Fünf-Prozent-Hürde nehmen würde, wenn sie von allen gewählt würde, die eine solche Meinung haben, sollte man doch sehen, daß jede Stimme für die DKP ein größeres politisches Gewicht hat als für alle anderen Parteien.

Das Argument von den „verlorenen“ Stimmen ist in der Vergangenheit systematisch von den etablierten Parteien verbreitet worden. Meist von den gleichen Leuten, die für ein reines Mehrheitswahlrecht sind (wie in England, den USA, Frankreich). Dort sind in der Regel über 50 Prozent der abgegebenen Stimmen verloren. Aus ihrem Munde ist also das Argument von der „verlorenen“ Stimme zumindest sehr unglaubwürdig. Und es hat ja auch nur einen politischen Zweck, nämlich Leute abzuhalten, die DKP zu wählen.

Bei der Jugend zieht dieses Manöver nicht mehr im gleichen Maß. Das haben die Wahlen in Hamburg gezeigt, wo elf Prozent der männlichen Wähler bis 25 Jahre die DKP gewählt haben. Ähnliche Ergebnisse erbrachte auch eine Studie des Emnid-Instituts für die gesamte BRD. Danach sind fünf Prozent der jungen Männer und Frauen von 21 bis 24 Jahre bereit, bei den nächsten Wahlen die DKP zu wählen.



Wenn man das Spiel mit der Fünf-Prozent-Klausel mitmacht, unterwirft man sich automatisch dem herrschenden System. Denn dann könnte je niemals eine konsequente Alternative zum Zuge kommen. Ich erinnere mich noch gut an einige Freunde, die bei den letzten Wahlen die SPD gewählt haben und dann bei den wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung zur Profitsanierung oder bei der auch von der SPD mitgetragenen Hexenjagd gegen DKP-Mitglieder im öffentlichen Dienst voller Enttäuschung und Zorn waren. War eigentlich nicht ihre Stimme verloren?

Aber vielleicht ist das folgende Argument am wichtigsten: Wir Kommunisten haben ja noch niemals die Illusion vertreten, als sei ein Parlament der einzige Ort, an dem die Entscheidungen für progressive Veränderungen fallen. Sie können dort nur fallen, wenn sie von außerparlamentarischen Massenaktionen getragen werden. Jede Stimme für die DKP ist aber gerade ein Votum für diese Ansicht.

DKP wählen heißt, eine konsequente unbestechliche Alternative stärken. Denn eines ist gewiß, eine auch stimmenmäßig starke DKP — egal ob über oder unter fünf Prozent — verleiht den Forderungen der arbeitenden Menschen in Hessen erst den richtigen Nachdruck. Wenn man so will: vom politischen Standpunkt zählt jede Stimme für die DKP doppelt. Denn sie wird nicht nur wahrarithmetisch wirksam.

Rudi Hechler

Landtagskandidat im Wahlkreis 47



Die anderen über uns

Zitate aus der ARD-Sendung über die DKP vom 9. Januar 1974

Bürgermeister Kurt Bachmann (SPD):

„Ich muß erst mal sagen, daß sie in der politischen Arbeit sehr gründlich und sehr fleißig sind. Sie tun alles mit viel, viel Sorgfalt und mit sehr viel Gründlichkeit, natürlich in ihrer Richtung, nach ihren Vorstellungen, und sie haben hier im Parlament zumindest in vielen, vielen Dingen positive Dinge eingebracht.“

Auf der anderen Seite muß man natürlich sagen, daß ihr Ziel und ihre Vorstellung, die sie immer wieder einbringen, die Veränderung unserer Gesellschaft, dieser Gesellschaft, die wir haben, sein wird, sein soll, aber dabei sind sie sehr konkret, möchte ich sagen. Sie verhalten sich gegenüber den anderen Kollegen im Parlament sehr anständig und sagen wir mal kollegial.“

Rudolf Schmidt, FDP-Fraktionsvorsitzender:

„Wenn es jetzt hier um dieses Problem geht, der Eingemeindung nach Frankfurt. Hier bringt die Kommunistische Partei Aktivitäten, sie sehen es, in die Bürgerversammlungen mit hinein, sie bringt weiterhin den Druck einer rituellen Bürgerbefragung, das können wir nur unterstützen, denn es liegt im Sinne unserer eigenen Interessen, das meine ich, wenn ich sage, im konkret kommunalpolitischen Bereich ist die Zusammenarbeit gut. Wenn es darum geht, die Bürger zu mobilisieren, sind die Kommunisten mit an erster Stelle dabei...“

Die „Forderungen“ der Mörfelder SPD

Die Wahl rückt näher. Zeit für die bürgerlichen Parteien, sich der Wähler zu erinnern. Prompt rückt auch die Mörfelder SPD vermehrt in die Spalten der Zeitungen. Das wäre noch nicht neu. Nur das, was sie bringt, ist halt zum größten Teil auch nicht neu.

Wer den „blickpunkt“ regelmäßig liest, weiß, daß viele der SPD-Forderungen bzw. Anregungen vor Jahren schon von der DKP in Mörfelden erhoben wurden und sogar in unserer Ortszeitung und zum Teil schon 1972 in unserem Wahlprogramm standen. So protestierte der „blickpunkt“ schon im Juli 1971 unter der Überschrift „Keine gute Visitenkarte“ und in einer Anfrage an den Magistrat, gegen den Autoschrottplatz an der B 44.

Geschehen ist bis heute noch nichts. Jetzt, 1974, protestiert die SPD-Fraktion gegen diesen Schandfleck, den die gleiche Partei im Magistrat und im Kreis, dem die Bauaufsicht untersteht, bis heute belassen hat.

So sieht es auch mit der SPD-Forderung nach einem Augenarzt im Jahre 1974 aus, nachdem die DKP schon seit 1969 präzise Forderungen nach mehr Ärzten und nach verschiedenen Fachärzten aufgestellt hat. Schon vor Jahren wurde die Konzeption eines Ärztehauses von der DKP erstellt und auch realisierbare Vorschläge unterbreitet. Die SPD, CDU und FDP lehnten unseren diesbezüglichen Antrag ab.

Man könnte dies beliebig fortsetzen, nur muß sich der Wähler zu recht fragen, was das soll. Zu Forderungen gehören doch immer mindestens zwei: einer der fordert und einer, von dem gefordert wird. Wenn die SPD fordert, dann fordert sie es von Genossen ihrer eigenen Partei. Da wird es ja wohl schwierig für den Wähler werden, Wählt er SPD, so wählt er sowohl die, die fordern, als auch die, die die Forderungen abweisen. Wie schon gesagt, die Wahl rückt näher und man muß sich fragen, ob die SPD und die anderen bürgerlichen Parteien sich nach der Wahl weiterhin der Probleme erinnern werden, die in Hessen bestehen, oder ob die DKP wieder die einzige Partei ist, die für die arbeitende Bevölkerung kämpfen muß; vor und nach den Wahlen.



„Wir wollen nicht die Nächsten sein, der Arbeitsplatz muß sicher sein.“ Von weitem leuchten die Wahllosungen der DKP. „Unbestechlich, konsequent“ – die DKP muß auch in den Landtag!

Chancengleichheit in Gesamtschule?

Ende Juli druckte die bürgerliche „Frankfurter Rundschau“ unter dem Titel „Ärzte sind für feste Schulklassen“ einen Artikel über Gesamtschulen ab. Darin wird vor allem auf Probleme eingegangen, die durch die Einteilung der Schüler in verschiedene Kurse oder sogenannte differenzierte Lerngruppen entstehen. Ein solches Aufteilen bringt, so die „FR“, Verunsicherungen und Kontaktschwierigkeiten für die Schüler mit sich. Die Kinder sind streßbelastet, der Leistungsdruck wächst; insgesamt werden durch „die moderne Schule“ nur neue Probleme, Konflikte und Nervenbelastungen geschaffen. So sagen's „die Ärzte“, so druckt's die „FR“.

Das Kurssystem sollte schwächeren Schülern helfen

Was hat es damit tatsächlich auf sich? Ursprünglich resultierte die Aufteilung der Schüler in bestimmte Kurse aus dem zentralen Begriff sozialdemokratischer Schulpolitik und -theorie, der Forderung nach Chancengleichheit. Es sollte, im Gegensatz zur alten Einteilung in feste Klassen, erreicht werden, daß Schüler ihren individuellen Neigungen und Befähigungen entsprechend gefördert werden. Es wurde vor allem behauptet, daß das Kurssystem schwächeren Schülern helfen sollte und helfen könnte, ihre Schwächen zu überwinden. „Differenzierung“ wurde als pädagogisches Prinzip erklärt, das das dreigliedrige Schulsystem aus Volksschule, Mittelschule und Gymnasium aufheben könne, also Chancengleichheit herstelle.

Seit den Anfängen der Gesamtschule sind nunmehr gut zehn Jahre vergangen. Die ersten Ergebnisse lassen sich deshalb einschätzen. In unserem Zusammenhang sind dabei sicher zwei Gesichtspunkte bedeutsam.

Die Sicherheit des Klassenkollektivs fehlt

Erstens hat die praktizierte Kurseinteilung ganz offensichtlich erhebliche negative Auswirkungen auf die Schüler gehabt. Sie konnten keine stabili-

len Bindungen untereinander entwickeln, die Sicherheit des Klassenkollektivs fehlte; gelegentlich kann man beobachten, daß selbst Schüler sich nicht mit Namen kennen, die schon zwei Jahre lang im selben Kurs sind, sich aber nur zwei oder drei Stunden pro Woche treffen. Es läßt sich insgesamt eine tiefgreifende Orientierungslosigkeit feststellen; auch eine Überforderung der Schüler, die häufig überhaupt nicht sinnvoll aus dem Kursangebot in einem bestimmten Fach auswählen können.

Zweitens ist weiterhin zu sagen, daß die sozialdemokratische „Chancengleichheit“ im Schulalltag zur leeren Wortspielerei heruntergekommen ist. Die geforderten Durchlässigkeiten des Kurssystems besteht oft genug darin, daß Lehrer mißliebige, schwierige Schüler in andere Kurse „abstufen“. Pädagogische Förderungsmaßnahmen kommen dabei überhaupt nicht mehr zum Tragen, und selbst befähigte und engagierte Lehrer schaffen die Hilfestellung für alle Schüler nicht mehr, weil sie hoffnungslos überlastet sind.

Arbeiterkinder sitzen in den C-Kursen

So ist es kein Wunder, daß eine ausführliche wissenschaftliche Studie über eine hessische Gesamtschule zu dem Ergebnis kommt, daß im Kurssystem selbst das alte dreigliedrige Schulsystem reproduziert wird: In den A-Kursen, Akademikerkinder, in den B-Kursen Kinder aus dem Mittelstand, die Kinder der Arbeiterklasse in den C-Kursen.

Diese Situation an den Gesamtschulen ruft die bürgerliche Kritik auf den Plan, der die gesamte Richtung ohnehin nicht paßt. Da soll auf jeden Fall das zurückgedreht werden, was wenigstens die Möglichkeit für die Förderung von Arbeiterkindern eröffnet.

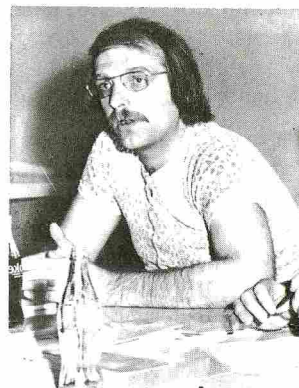
Alle reaktionären „pädagogischen“ Konzeptionen werden dafür bemüht: Alle Menschen sind nicht gleich; es gibt angeborene Intelligenzfaktoren, die sowieso nicht einander angeglichen werden können usw. Auch in

dem besagten „FR“-Artikel darf eine sogenannte Kinderpsychotherapeutin äußern: „Frühe Kollektivierung von Kindern bringt geistige Nivellierung mit sich dergestalt, daß originelle Spitzenbegabungen nicht mehr in Erscheinung treten.“ Die massierten Angriffe der CDU/CSU auf die fortschrittlichen Ansätze in der Pädagogik sind der politische Ausdruck der genannten Reaktion.

Fortschrittlichen demokratischen Lehrer ist die Aufgabe gestellt, sehr klar und konsequent gegen die schädlichen Auswirkungen einer falschen Differenzierung anzugehen, dabei jedoch die fortschrittlichen Ansätze auszubauen.

Recht auf umfassende Bildung für jeden durchsetzen

Notwendig ist die praktische Kritik der „Luftblase Chancengleichheit“; es kommt vielmehr darauf an, das demokratische Recht auf umfassende Bildung für jeden Schüler, in jeder



Dr. Rainer Eckert

Schulstunde, in jedem Fach durchzusetzen. Der Unterschied zur „Chancengleichheit“ ist grundlegend: Diese nämlich schiebt allein dem Schüler die Verantwortung zu. Nimmt er seine „Chance“ nicht wahr, ist er selbst schuld und oft genug werden gerade Arbeiterkinder mit diesem „Argument“ aussortiert. — Die Forderung nach Durchsetzung des demokratischen Rechts auf Bildung gibt die Verantwortung an die richtige Seite: an Lehrer, Schulleitungen und politische Instanzen. Sie müssen zur Rechenschaft gezogen werden, wenn Schülern dieses Recht — in welcher offenen oder versteckten Form auch immer — vorenthalten wird. Wie jeder demokratische Fortschritt fällt uns das nicht in den Schoß. Das demokratische Recht auf Bildung muß erkämpft werden, auch und gerade an jeder einzelnen Schule!

Dr. Rainer Eckert

Ein notwendiges Gespräch

„Gestern honn die Kommuniste in Frommfert e Fluchblatt vedaalt, do steht vielleicht en Kees drin! Was seegst denn du dodezu, du bist doch aach in de KPD, gelle?“

„Naa, ich bin in de DKP. Die KPD ist ja vebotte.“

„Wieso vebotte? Do honn ich doch eier Fluchblatt, unn es hänge doch aa Plakate vunn eich iwverall erum, unn im Fernseh honn ich eich neilich aach gesehe. Do hett er vielleicht en Goggelores geschwetzt!“

„Wieso mir? Ich honn der doch gesoot, daß ich in de DKP seun, in de Deutsche Kommunistische Baddei. Des is e Awwerderbaddei. Die Leit, die du maanst, die nenne sich selwer KPD, awwer mit uns Kommuniste hawwe die nix zu du. Wann mir uns widder KPD nenne däte, Monn, do wär vielleicht ebbes los, des is nämlich seit neunzehnhundertsechsunnfuffzisch unner Strof gestellt.“

„Ja, wieso derfn diedn des?“

„Ei, weilse garkoo Kommuniste sinn! Weder warnse friher in de alt KPD, noch hawwe se e kommunistisch Baddeiprogramm. Deswesche falle se net als „Nachfolscheorganisatzjon“ unner des KPD-Verbot unn kenne sich schimpfe wiese wolle, also aach KPD.“

„Awwer ihr seid doch e zugelosse Baddei?“

„Ei freilich. Wie neununnsechzisch die CDU abgehalftert hatt unn endlich e Vestendischungsbolidick gejeniwwer de sozialistische Staate gemacht ist worn, konnte se nett gut in Moskau Verträsch mache unn dehaam die Kommuniste verbiede. Do hott sich die DKP gegrind. Awwer den Nome KPD derfe mer bis heit net fiehrn, sunst simmer glei widder fort vum Fenster. Awwer mer kempfe für die Uffheewung

vun dem Verbot, vor Gericht un iwverall.“

„Unn die nei KPD? Was sinn en des fer Leit?“

„Des sinn hauptsächlich Studente, die die Weisheit mit de Leffel gefresse hawwe un maane, sie kennte de Awwerder vezähle, wiese zu kämpfe hawwe. Mit de Revelutzjohn konsen net schnell genuch geje. Debei hawwese von Tute unn Blase kaa Ahnung.

Dazu noch verwende se alle Zeiche unn Nome vunn de alt KPD unn maane, se kennte de alte kommunistische Wehler weismache, es gäb widder e richtig KPD, wie friher. Debei seun die Kerl in ihre Verbohrtheit so awwerfeindlich wie Strauß unn Konsorte. Des zeigt schunn ihr Eustellung zu de Gewerkschaft. Die wolle se nämlich kabuttmake, unn geje die Mitbestimmung seunse aach.“

„Awwer es gibt doch e richtig kommunistisch Baddei, e richtig Awwerderbaddei, odder?“

„Ei freilich, des honn ich der doch gesoot, des gibts, unn alle Kommuniste vunn friher seun do drin. Bloß haastse net meh KPD, sondern DKP. Do muß mer sich halt droo gewehne, on die neie Abkerzung, die annern haaße ja heitzudaach aach all anners. Die NPD mißt vunn Rechts weche NSDAP haaße die vumm ehemalige Zentrum und die Deutschnatzjonale haaße heit CDU/CSU, bloß die SPD ist gebliwwe — em Nome nooch.“

„Uukraut vegeht net.“

„Des host du gesoot!“

„Also, wann ich jetzt die Kommuniste wehle will, was muß ich do wehle?“

„Ei, die DKP mußte wehle, die Deutsche Kommunistische Baddei. Des sinn die Kommuniste vunn friher, die Erwe vunn de alt KPD. Die gonze Merfeller Kommuniste vunn friher seun do drin, de Denger-Adam, de Siechels-Addur, de Arndte-Filipp, de Denke-Mischel unn wiese net noch all haaße. Unn uff Bundesebene de Ehrevorsitzende, des is de Max Reimann, der de letzte Vorsitzende von de alt KPD war, bevor se vebotte worn ist. Unn des mußte aach em Heuner vezehle, sunnst macht der noch wie friher seu Kreizche bei de KPD hie, unn hott demit die Spinner gewehlt, aus lauter Gewohnheit. DKP mißt er wehle, denn leit er richtig!“

Gegendarstellung

Es ist unrichtig, daß jede zweite Zeile in BILD erlogen ist. Richtig ist vielmehr, daß jede zweite nicht erlogen ist!

Heft dem „blickpunkt“!

Bündelweise flattern uns jetzt die Farbprospekte der Landtagsparteien ins Haus. Man riecht direkt, was das alles kostet. Wer hinter der CDU und der FDP (wenig Mitglieder, viel Geld) steht, weiß man mittlerweile. Schlimm aber ist noch eine andere Sache. Bei vielen SPD-Materialien, steht unscheinbar in der Ecke: Herausgegeben von der Staatskanzlei, vom Krollmann-Ministerium usw.

Das ist Wahlkampf mit unseren Steuergroschen.

Wir machen auch Wahlkampf. Wir sind aber nicht nur vor Wahlen aktiv.

Hier ist das „blickpunkt“ Solidaritätskonto: Nr. 90003419, bei der Kreissparkasse Groß-Gerau.



Bestellen Sie Probeexemplare!

Ich möchte weitere Informationen

Ich möchte Mitglied der DKP werden

Name

Vorname

Wohnort

Straße

